

industriAll European Trade Union Strategieplan

2025-2029

2025
CONGRESS

uniting workers
for an  industriAll
future 

 **industriAll**
EUROPEAN TRADE UNION

Strategieplan 2025-2029

Mit geeinter Kraft der Beschäftigten für eine industrielle Zukunft

IndustriAll Europe vertritt 7 Mio. Arbeitnehmer*innen aus Fertigung, Bergbau und Energie und bringt Mitgliedsorganisationen aus ganz Europa in ihrem Kampf für nachhaltige, gut bezahlte Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen für alle, starke Arbeitnehmerrechte und Demokratie zusammen.

Geopolitische Unbeständigkeit, Austeritätspolitik, Arbeitsmarktunsicherheit, sinkende Kaufkraft, übersteigerte und marktorientierte Globalisierung, steigende und äußerst instabile Energiepreise, kurzfristiges Denken multinationaler Unternehmen und fehlende Industriestrategien haben unsere Industrien und gute Arbeitsplätze¹ in Europa schwinden lassen und zu wachsender Ungleichheit und Prekarität sowie zur Rückkehr zu Nationalismus geführt und die Bedrohung durch Handelskriege geschürt.

Der geschaffene Reichtum konzentriert sich zunehmend in weniger Händen, wobei die Umverteilung der Gewinne und die Investitionen der europäischen Unternehmen in Europa geringer ausfallen. Der Investitionsrückstand des Privatsektors bremst Europa aus.

Die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, die zunehmende Instabilität im Mittelmeerraum und die imperialistischen Bestrebungen weltweit sowie geopolitische Turbulenzen haben dazu geführt, dass die Themen Sicherheit und Verteidigung wieder ganz oben auf der europäischen Agenda stehen - sowohl in Bezug auf die Militärproduktion als auch in Bezug auf die Energieversorgung. Die übermäßige Abhängigkeit von globalen Lieferketten und der Mangel an industrieller Souveränität in Europa haben unsere Volkswirtschaften immer anfälliger für externe Schocks gemacht. All dies, zusammen mit der Unfähigkeit Europas, geeint zu handeln, hat den Menschen in ganz Europa zugesetzt, ihr Vertrauen in das europäische Projekt und das damit verbundene Versprechen, Wohlstand für alle zu schaffen, untergraben und einen Nährboden für die extreme Rechte geschaffen.

Es besteht dringender Handlungsbedarf. Außergewöhnliche Zeiten erfordern schnelle, innovative und proaktive Lösungsansätze und Maßnahmen. In einem deindustrialisierten, neoliberalen Europa, dem eine Strategie für die Schlüsselsektoren fehlt, sind hochwertige Arbeitsplätze und gestärkte Rechte für Industriebeschäftigte schlichtweg nicht umsetzbar. Die nächste Mandatsperiode wird daher für die Sicherung, den Wiederaufbau und die zukunftsorientierte Fortentwicklung unserer industriellen Basis sowie die Stärkung unserer industriellen Souveränität und unserer Forschungs- und Entwicklungsbasis von entscheidender Bedeutung sein, um die Technologieführerschaft beim Übergang zu wahren

¹ <https://news.industrial-europe.eu/Article/1123>

und zu erlangen. Es bedarf erheblicher privater und öffentlicher Investitionen in die Transformation und den Aufbau nachhaltiger und widerstandsfähiger Industrien, die sich auf hochwertige Arbeitsplätze und einen robusten sozialen Dialog und Tarifverhandlungen stützen. Nur mit nachhaltigen Industrien, die gute Arbeitsplätze mit ausgehandelten Arbeitsbedingungen und ein hohes Maß an sozialem Schutz bieten, können wir Wohlstand für alle sichern, gestützt durch eine starke öffentliche Politik. Während in allen Teilen der Welt die Industrie- und Energieplanung intensiviert wird, läuft Europa Gefahr, einen hohen Preis für seine Untätigkeit zu zahlen. Wir brauchen dringend einen Impuls für eine koordinierte und proaktive europäische Industrie- und Handelspolitik. Wir fordern, dass eine solche Politik durch die Stärkung und Durchsetzung von Arbeits- und Sozialrechten eine solide und nachhaltige soziale Grundlage hat. Der Strukturwandel muss mit den Beschäftigten ausgehandelt werden.

Das ist das Gegenmittel, das Europa dringend braucht, um die wirtschaftliche und soziale Unsicherheit, die hinter der wachsenden Angst der Industriebeschäftigten vor dem sozialen Abstieg steht, zu beseitigen. Mit den immer gleichen erfolglosen Strategien muss jetzt Schluss sein. Das ist auch der Schlüssel, um unsere kollektive Verantwortung gegenüber künftigen Generationen in Bezug auf die Belastungsgrenzen unseres Planeten und CO₂-Neutralität bis 2050 nicht aus den Augen zu verlieren.

Solidarität ist unsere Stärke, und wir stellen uns gemeinsam gegen eine hetzerische Rhetorik und diejenigen, die darauf abzielen, Beschäftigte und Gemeinschaften gegeneinander auszuspielen. Die demokratischen Kräfte müssen die Anliegen der Beschäftigten berücksichtigen, um Vertrauen zurückzugewinnen. Die extreme Rechte bietet scheinbar einfache Lösungen für komplexe Probleme. Es bedarf Maßnahmen, die bezüglich Umfang und Dringlichkeit auf der Höhe der komplexen Herausforderungen sind, vor denen wir stehen. Wir müssen den arbeitenden Menschen mehr Kontrolle über ihr Leben geben, indem wir sie erfolgreich dazu ermutigen, sich in Gewerkschaften zu organisieren und für ihre Rechte und gute Arbeitsbedingungen einzutreten. Wir brauchen eine starke, demokratische und aktive Basis in den Betrieben, um unsere Gewerkschaftsmacht auszubauen, die Arbeitnehmerrechte auf allen Ebenen zu stärken, bessere Tarifverträge abzuschließen, die Tarifbindung zu erhöhen und gewerkschaftliche Themen wirkmächtig gegenüber der Politik zu vertreten.

Frieden ist eine Grundvoraussetzung für die uneingeschränkte Ausübung der Menschenrechte und für stabile Demokratien. Ohne soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit kann es keinen Frieden und keine Sicherheit geben.

Demokratie, Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechte sind untrennbar miteinander verbunden. Angesichts der zunehmenden Versuche einiger Regierungen und Unternehmen, Grundpfeiler der Demokratie wie das Streik- und Demonstrationsrecht zu demontieren, werden wir den Kampf für unsere Grundrechte fortsetzen. Rechte dürfen nicht als gegeben angesehen werden. Zur Verteidigung unserer hart erkämpften Rechte und zur Durchsetzung von mehr und stärkeren Rechten können wir uns nur auf unsere eigene Stärke verlassen. Unser Leitziel muss die gewerkschaftliche Erneuerung und Autonomie sein. Der Gradmesser des Erfolgs wird die Einbeziehung der Arbeitnehmer*innen in die Entscheidungsprozesse zur

Bewältigung der größten Herausforderungen unserer Gesellschaft sein. So können wir die Demokratie am Arbeitsplatz und in unseren Gesellschaften verteidigen.

Die Arbeit von industriAll Europe im Zeitraum 2025–2029 wird sich auf vier Kernprioritäten konzentrieren:

- Gemeinsam Gewerkschaftsmacht aufbauen - für sichere und nachhaltige Industriearbeitsplätze in Europa
- Gemeinsam Gewerkschaftsmacht aufbauen - für faire Entgelte und bessere Arbeitsbedingungen
- Gemeinsam Gewerkschaftsmacht aufbauen - für Solidarität und Frieden
- Gemeinsam für eine neue gemeinsame Gewerkschaftsagenda

1. Gemeinsam Gewerkschaftsmacht aufbauen - für sichere und nachhaltige Industriearbeitsplätze in Europa

Unsere Produktionsbasis, die direkte und indirekte Arbeitsplätze sichert und schafft, ist die Grundlage für den Wohlstand in Europa. Die heute in vielen Sektoren und Regionen Europas drohende Deindustrialisierung ist im Kontext hoher Energiepreise und der Notwendigkeit des Zugangs zu sauberer, reichlich vorhandener, nachhaltiger und erschwinglicher Energie ein enormer Unsicherheitsfaktor für die Zukunft von Beschäftigten und Gemeinschaften. Angesichts der Gefahr einer Deindustrialisierung und anhaltend hoher Lebenshaltungskosten geht unter den Industriebeschäftigten die Angst vor sozialem Abstieg und einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und hart erkämpften Rechten um.

Dies wird durch den Umfang des industriellen Wandels, der durch Dekarbonisierung und technologische Entwicklungen vorangetrieben wird, auf einem hart umkämpften globalen Markt noch verschärft. Der doppelte Übergang ist mit Sparpolitik unvereinbar.

Viele unserer Industriezweige stehen vor gewaltigen Transformationsherausforderungen, die keine Zukunftsprognosen mehr sind, sondern bereits Realität. Um diese Herausforderungen auf Konzern-, Unternehmens- und Werksebene zu bewältigen und um auf geplante Umstrukturierungen, Entlassungen und Produktionsverlagerungen zu reagieren, brauchen wir wirksamere und konkretere Maßnahmen und Strategien.

Die Anfälligkeit Europas für externe Schocks hat die Grenzen der Laissez-faire- und Sparpolitik sowie den Mangel an Koordinierung aufgezeigt. Dies lehrt uns, wie wichtig es ist, die Resilienz Europas zu stärken, indem wir gemeinsam den Zugang zu verlässlicher und erschwinglicher Energie (erforderlichenfalls durch die Abkoppelung von Energie aus dem europäischen Markt), zu Rohstoffen, Waren und Schlüsselkomponenten sichern und gleichzeitig Forschung und Innovation, Kreislaufwirtschaft, Energieeinsparungen und die Begrenzung des Verbrauchs natürlicher Ressourcen fördern. Die Vorstellung, dass „der Markt“ allein die Anforderungen nachhaltiger und resilienter Industrien erfüllen kann, hat sich als Irrglaube entpuppt. Da es einen politischen und gesellschaftlichen Konsens zur Einhaltung der Klimaziele gibt, ist es die Aufgabe der Politik, die notwendigen politischen Rahmenbedingungen und Instrumente zu schaffen, um einen geregelten und gerechten Übergang zu ermöglichen, bei dem die Beteiligung der Beschäftigten und soziale Sicherheit im Mittelpunkt steht. Jetzt ist die Zeit für politischen und industriellen Mut, nicht für politische Taschenspielertricks. Um einen gemeinsamen europäischen Energie- und Industrieplan zu erstellen, kann sich Europa weder eine Rückkehr zur Sparpolitik noch unkoordinierte Initiativen der nationalen Regierungen oder eine Industriepolitik, die sich ausschließlich auf den nationalen steuerlichen Investitionsspielraum stützt, leisten. Es ist notwendig, die Lehren aus der Pandemie in Bezug auf gemeinsame Ausgaben, Investitionen und Arbeitsplatzgarantien zu ziehen.

Nach der jahrelangen und schließlich erfolgreichen gemeinsamen Arbeit von industriAll Europe mit dem Ziel, die Industriepolitik wieder auf die europäische Agenda zu setzen, gilt es nun, unsere hohen Erwartungen zu erfüllen.

Ein proaktiver und robuster europäischer Industrial Deal mit einer umfassenden Industriestrategie muss im Mittelpunkt des europäischen Wirtschaftsplans stehen. Dekarbonisierung ist das Ziel auf der Grundlage des Green Deal. Für die europäische Industrie gibt es kein „Business as usual“-Szenario. Wir müssen den Verlockungen des Kurzfristdenkens widerstehen und für langfristige Nachhaltigkeit eintreten. Wir müssen die Interessen der Arbeitnehmer*innen, ihre Arbeitsplätze, Löhne und Arbeitsbedingungen fördern und verteidigen und dabei berücksichtigen, dass Klima- und Umweltschutz unerlässlich sind. Maßnahmen müssen sozialverträglich und wirtschaftlich tragbar sein und dürfen niemanden zurücklassen. Wir brauchen dringend eine ehrgeizige und kohärente Investitions- und Innovationspolitik, die die strategische Planung von industriellen Aktivitäten und Produkten unterstützt und die gesamte industrielle Wertschöpfungskette berücksichtigt. Mit diesem Industrial Deal müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit unser wirtschaftliches Fundament, die energieintensiven Industrien, in Europa erhalten bleiben, wachsen, rückverlagert werden und sich weiterentwickeln. Wir benötigen Industriallianzen und Smart Cluster für die Industriebereiche, in denen Europa über viel Know-how verfügt, um auch durch den weiteren Ausbau von wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) industrielle Leadership und FEI-Exzellenz sicherzustellen. Durch Ziele für den regionalen Zusammenhalt muss sichergestellt werden, dass keine Region und keine Gemeinschaft zurückgelassen und die Binnennachfrage angekurbelt wird.

Industriepolitik und Branchenarbeit von industriAll Europe müssen mit einer effektiven und proaktiven europäischen Unternehmenspolitik in Einklang gebracht werden. Wenn wir Gewerkschaften nicht in den Unternehmen verwurzelt und nicht in der Lage sind, unsere Strategien auf der Entscheidungsebene zu entwickeln und durchzusetzen, schränken wir unsere Möglichkeiten ein, die Vorschläge zur Umgestaltung der Unternehmen im Sinne unserer Mitglieder zu gestalten, dann wird unser Einfluss unzureichend bleiben. Es ist unerlässlich, dass industriAll Europe seine Anstrengungen und Bemühungen auf die Entwicklung von Strategien und Politiken konzentriert, die darauf abzielen, strategische und konkrete Unternehmensentscheidungen, die sich auf unsere Mitglieder auswirken, zu beeinflussen und zu gestalten.

Eine derart ehrgeizige EU-Industriepolitik gibt es jedoch nicht zum Nulltarif. Konkrete Investitionspläne müssen ausreichende private und öffentliche Investitionen vorsehen. Investitionen in die Wirtschaft auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene sollten durch strenge, verbindliche soziale Auflagen zu sozialem Fortschritt und hochwertigen Arbeitsplätzen führen. Öffentliche Mittel müssen die Aufwärtskonvergenz und den sozialen Zusammenhalt in allen europäischen Regionen fördern, um eine Zersplitterung der EU zu verhindern und Konvergenz zu gewährleisten sowie sicherzustellen, dass keine Region zurückbleibt.

Der industrielle Erfolg Europas war und ist vor allem auf gut ausgebildete und qualifizierte Arbeitskräfte, gute Arbeitsbedingungen und ein fortschrittliches System der

Arbeitsbeziehungen zurückzuführen. Dies verschafft uns einen Vorteil bei der grünen Transformation. Investitionen in Umschulung, Weiterbildung und „Skills Intelligence“ müssen daher weiterhin im Mittelpunkt der europäischen Industriestrategie stehen. Dies kommt nicht nur den Beschäftigten zugute, sondern auch den Arbeitgebern, die ein klares Interesse und die Verantwortung haben, in ihre Belegschaft zu investieren und hochwertige Weiterbildungsmöglichkeiten anzubieten. Wie in der Europäischen Kompetenzagenda dargelegt, muss dies durch europäische und nationale Kompetenzstrategien und Investitionen unterstützt werden.

In dem aktuell volatilen Wirtschaftsumfeld wird die öffentliche Debatte vom Narrativ der „Wettbewerbsfähigkeit“ beherrscht. Wir werden uns für sozialen Fortschritt, hochwertige Arbeitsplätze, Vollbeschäftigung, Umverteilung des Wohlstands, Investitionen in Innovation, allgemeine und berufliche Bildung einsetzen und uns mit Nachdruck gegen Sparmaßnahmen, Sozialdumping und einen Wettlauf nach unten bei den Entgelten und Arbeitsbedingungen wenden. Wir erkennen zwar an, dass die Autonomie der Industrie gesichert werden muss, doch darf die europäische Industriepolitik nicht allein auf der Logik der Rentabilität beruhen, sondern muss sich auch stark an den Kriterien Allgemeinwohl, Nachhaltigkeit (ESG) und Qualität orientieren. Die Gewerkschaften müssen eine wichtige Rolle bei der Gestaltung und Umsetzung dieser industriepolitischen Maßnahmen sowie bei der Überwachung der öffentlichen Beihilfen spielen. IndustriAll Europe wird die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern suchen, um dies zu erreichen.

Wir werden:

- i) die Umsetzung einer inklusiven, nachhaltigen und resilienten europäischen Industriepolitik fordern, mit der die strategische Autonomie Europas gestärkt, fairer und nachhaltiger internationaler Handel betrieben und sozialer Fortschritt in den verschiedenen Regionen Europas gefördert wird. Dieser Industrieplan sollte einen unlauteren Wettbewerb zwischen den Regionen verhindern, um Investitionen für die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze anzuziehen, Deindustrialisierung zu bekämpfen und die Rückverlagerung kritischer Wertschöpfungsketten und Produktion zu fördern, während sichergestellt wird, dass öffentliche Gelder an durchsetzbare Verpflichtungen zur Gewährleistung sozialer Gerechtigkeit geknüpft sind. Darüber hinaus müssen die Pläne für die industrielle Umstellung und den ökologischen Übergang innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens geteilt, ausgehandelt und umgesetzt werden, um eine angemessene Reaktion der Regionen und die Umschulung der Beschäftigten zu gewährleisten.
- ii) proaktive und effektive europäische Gewerkschaftsstrategien und eine Unternehmenspolitik entwickeln, die die Industriepolitik und die Unternehmensebene ergänzen.
- iii) einen europäischen Investitionsplan in großem Maßstab für Cleantech-Wertschöpfungsketten mit Solidaritätskomponente und einen Plan für gute Arbeitsplätze für jede Region fordern. Dies muss einen erweiterten und umfassenden Fonds für einen gerechten Übergang umfassen, um alle betroffenen Regionen und Sektoren zu unterstützen. Mithilfe von sozialen Auflagen – unterstützt durch starke und stabile Arbeitsbeziehungen – muss sichergestellt werden, dass die im Rahmen von

- politischen Instrumenten, staatlichen Beihilfen oder EU-Mitteln gewährte Unterstützung zu hochwertigen Arbeitsplätzen in Europa führt.
- iv) darauf hinarbeiten, dass die makroökonomische Politik im Einklang mit unseren industriepolitischen Zielen und denen eines gerechten Strukturwandels steht. Wir werden gegen die Wiedereinführung von Sparrmaßnahmen eintreten und für einen Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung kämpfen, der öffentliche Investitionen in großem Umfang für den grünen und digitalen Wandel und für einen gerechten Strukturwandel für alle ermöglicht. Der finanzpolitische Spielraum Europas ist auch für die Mobilisierung privater Investitionen von entscheidender Bedeutung, die ein wichtiger Baustein für die Erreichung der Dekarbonisierungsziele sind. Wir werden außerdem ein gemeinsames europäisches Finanzierungsinstrument und eine Geldpolitik fordern, die Investitionen unterstützen.
 - v) uns über die Energienotlage hinaus für eine Überarbeitung der EU-Energiepolitik einsetzen, mit der eine stabile und ausreichende Versorgung mit dekarbonisiertem Strom und CO₂-armem Gas zu erschwinglichen Preisen für eine nachhaltige Zukunft sichergestellt wird, u. a. durch die Schaffung einer europäischen Energieagentur und eine gemeinsame Beschaffungspolitik. Der Energiebereich darf nicht allein dem Markt überlassen werden. Das System muss angemessen reguliert und organisiert werden, um eine sichere und bezahlbare Versorgung mit kohlenstoffarmer Energie – als Gemeingut – für alle zu gewährleisten. Wir müssen an der Reform des Preisbildungsmechanismus auf dem Großhandelsmarkt arbeiten. Spekulationen und Profitmacherei mit grundlegenden Gütern müssen aufgedeckt und durch Preisüberwachung unterbunden werden, und wir müssen weiterhin gegen Liberalisierungsschritte bei grundlegenden Waren und Dienstleistungen ankämpfen. Nationale Regierungen müssen Verantwortung für gute Netze übernehmen. Die europäischen Energieinfrastrukturen müssen in koordinierter Art und Weise und zügig aufgebaut werden, um die Nachfrage zu befriedigen und gleichzeitig die Versorgungssicherheit, die Zuverlässigkeit der Netze und die Preisstabilität zu gewährleisten. Wir fordern eine umfassende Strategie für CCS/CCU.
 - vi) uns rein aktionärsorientierten Unternehmensstrategien widersetzen, die zu einer Deindustrialisierung Europas führen, indem wir mittels einer starken, demokratischen gewerkschaftlichen Koordinierung in multinationalen Unternehmen und der Stärkung der Europäischen Betriebsräte gemeinsame nachhaltige industrielle Alternativen entwickeln. Daher muss sichergestellt werden, dass die Beschäftigten mehr Mitsprache bei Unternehmensentscheidungen haben und dass die Gewinne in Forschung und Entwicklung, Schulung und gerechte Übergänge reinvestiert werden.
 - vii) uns gegen Steuerhinterziehung, Steueroasen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union und für ein gerechtes progressives Steuersystem, einschließlich der Besteuerung von Zufallsgewinnen, die Einführung einer (Mindest)Körperschaftsteuer in ambitionierter Höhe sowie eine gerechtere Umverteilung des Wohlstands insgesamt (auch durch ausreichend finanzierte Sozialschutzmaßnahmen) einsetzen. Der Steuerwettbewerb in Europa ist ruinös. Die zunehmende Ungleichheit zerreißt das soziale Gefüge unserer Gesellschaften.
 - viii) weiterhin an einer progressiven Reform des Wettbewerbsrechts und der Überarbeitung der Regelung für staatliche Beihilfen arbeiten, die an soziale und ökologische Bedingungen geknüpft sein müssen, damit alle Mitgliedstaaten in die

Transformation mit entsprechenden hochwertigen Arbeitsplätzen investieren können und eine Fragmentierung und Marktverzerrungen vermieden werden.

- ix) gleiche Wettbewerbsbedingungen auf der Grundlage eines geregelten fairen Handels, der frei von Ausbeutung ist, fordern. Wir setzen uns weiterhin für eine multilaterale Regulierung des internationalen Handels ein und fordern im Zusammenhang mit der geostrategischen Notwendigkeit von Freihandelsabkommen die Durchsetzung und universelle Achtung von Arbeitnehmerrechten und Umweltstandards, und drängen darauf, Überkapazitäten und unfaire Praktiken durch den Einsatz von handelspolitischen Schutzinstrumenten einschließlich Quoten zu bekämpfen. Um die Kohärenz mit den politischen Ambitionen der EU zu gewährleisten, fordern wir die Ausweitung des Anwendungsbereichs des Mechanismus zur Anpassung der Kohlenstoffgrenze (CBAM), um die Verlagerung von CO₂-Emissionsquellen und die Verlagerung von den Lieferketten nachgelagerten Produktionstätigkeiten in Länder außerhalb der EU zu verhindern. Wir fordern außerdem die wirksame Anwendung der Verordnung über ausländische Subventionen, die wichtig ist, um die wettbewerbsverzerrenden Auswirkungen ausländischer Subventionen auf den EU-Markt, die für die europäischen Industrien nachteilig sind, zu bekämpfen.
- x) die Auswirkungen auf die Quantität und Qualität der Arbeitsplätze in unseren Industriezweigen kontinuierlich prüfen und hinterfragen. Wir werden gute Arbeitsbedingungen und ein gesundes und sicheres Arbeitsumfeld verteidigen und fördern und einen Schwerpunkt auf den Arbeitsschutz und die Verhütung von berufsbedingten Risiken legen. Uns ist wichtig, die Zahl der Arbeitsunfälle zu reduzieren, insbesondere durch die Einbindung der Beschäftigten, Tarifverhandlungen, Schulungen und die wirksame Durchsetzung der bestehenden Arbeitsschutzvorschriften sowie durch die bessere Einbeziehung psychosozialer Risiken, u. a. durch eine spezifische Richtlinie über die Prävention dieser Risiken am Arbeitsplatz. Wir werden einen fortschrittlichen und integrativen Ansatz für ältere Beschäftigte fördern. Im Zuge der Übergänge werden sich viele Arbeitsplätze weiterentwickeln oder verändern, aber erfahrene Arbeitskräfte sind auch ein Gewinn. Durch nachhaltige Beschäftigungsfähigkeit soll die Qualität der Arbeit auch für diese gesamte Gruppe von Beschäftigten gewährleistet werden.
- xi) uns weiterhin an die Ziele CO₂-Neutralität bis 2050, Null-Abfall und den Aufbau einer Kreislaufwirtschaft halten, und uns weiterhin für ein umfassendes Rahmenwerk für einen gerechten Übergang einsetzen, das in die Klima- und Industriepolitik der EU eingebettet ist und bei dem der soziale Dialog und hochwertige Arbeitsplätze im Mittelpunkt stehen. Dazu werden wir:
 - a. uns weiterhin für einen Rechtsrahmen für die Antizipation und Bewältigung des Wandels einsetzen, mit diesem Ziel Beschäftigungssicherheit zu erhalten und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, auf der Grundlage von Sozialdialog und gemeinsamer Governance,
 - b. die EU-Beobachtungsstelle für einen gerechten Übergang aktiv mitgestalten und an deren Umsetzung mitwirken und die Einrichtung nationaler Beobachtungsstellen fordern,
 - c. die Auswirkungen europäischer Maßnahmen auf die Beschäftigten weltweit in enger Zusammenarbeit mit industriALL Global Union überwachen.

- xii) im Falle von Umstrukturierungen zusammenarbeiten, um betriebsbedingte Kündigungen und den Verlust industrieller Kapazitäten zu verhindern, u. a. durch die Einführung von SURE 2.0 (Instrument zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage) zur Bewältigung von Umstrukturierungen, einschließlich verbindlicher Auflagen für Umschulung/Weiterbildung und die Validierung von Kompetenzen, um der Industrie und den von den zahlreichen Krisen betroffenen Arbeitskräften zu helfen. Wir werden Verhandlungslösungen für alle Standorte und Beschäftigten sicherstellen und aktionärgesteuerte Kostensenkungsprogrammen verurteilen, die den Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen verstärken. Wir werden Rückforderungsklauseln ('Claw-back'-Klauseln) für öffentliche Subventionen im Falle von Standortverlagerungen fordern.
- xiii) weiterhin den Mangel an Arbeitskräften und benötigten Kompetenzen thematisieren, der einen fairen Wandel behindern könnte - mit schwerwiegenden Folgen für Beschäftigte, Unternehmen und die Gesellschaft als Ganzes. Wir werden uns für umfassende Schulungs- und Kompetenzstrategien (einschließlich der Validierung von Kompetenzen) im Einklang mit den Industriep länen einsetzen, um in allen Mitgliedstaaten den Wechsel zwischen Arbeitsplätzen zu erleichtern und zukünftige Beschäftigungsmöglichkeiten zu gewährleisten. Ebenso müssen wir sicherstellen, dass das Recht auf Qualifizierung und Weiterbildung für alle gewährleistet ist, indem wir finanzielle Fehlanreize und Zugangshindernisse beseitigen. Kompetenzen müssen im Rahmen von Validierungsverfahren, wenn möglich auch auf europäischer Ebene, entsprechend anerkannt werden. Wir werden auf eine faire Migrationspolitik und die Gleichbehandlung von Arbeitsmigrant*innen drängen. Wir werden Strategien zur Bewältigung des demografischen Wandels entwickeln, auch für diejenigen, die bei guter Gesundheit länger arbeiten wollen, und für junge Menschen, die in den Arbeitsmarkt eintreten.
- xiv) Gleichstellung sicherstellen und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der Geschlechtszugehörigkeit, Schwangerschaft, Entbindung, Elternschaft oder familiärer Verpflichtungen bekämpfen. Dies umfasst auch Schulungen zu Gleichstellungsfragen am Arbeitsplatz. Da Frauen in technischen Berufen und im MINT-Bereich unterrepräsentiert und unterbezahlt sind, sollten ihre beruflichen Möglichkeiten gefördert und ihre Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen verbessert werden.
- xv) während die Digitalisierung immer schneller voranschreitet, weiterhin das Potenzial digitaler Technologien ausloten, um den Übergang zu einer zukunftsfähigen, intelligenten, sauberen und innovativen Industrie zu fördern, die einen Mehrwert für eine gerechte und inklusive Gesellschaft schafft. Der globale Wettbewerb um die Beherrschung der künstlichen Intelligenz ist eine der größten Investitionslücken in Europa. Das Gesetz über künstliche Intelligenz ist ein erster Schritt zur Gewährleistung vertrauenswürdiger KI. Es muss jedoch noch viel mehr getan werden, um eine neue digitale Kluft sowohl in Bezug auf Investitionen als auch in Bezug auf die Arbeitsbedingungen zu verhindern. Die Einführung digitaler Technologien sollte nach den Grundsätzen von Industrie 5.0 erfolgen, und wir brauchen eine öffentliche demokratische Kontrolle von Big Data, einschließlich personenbezogener Daten. Gleiches gilt für die Beteiligung der Gewerkschaften an der Überwachung und Kontrolle dieser Prozesse. Der digitale Wandel muss kollektiv verhandelt werden.

- xvi) Maßnahmen fordern, um die Lieferengpässe bei Schlüsselkomponenten und -materialien zu beheben und Ressourceneffizienz zu gewährleisten. Es ist sicherzustellen, dass zukünftig keine einseitigen Abhängigkeiten von Dritten entstehen, die die Industrieproduktion und die Versorgung von Menschen in Europa mit lebensnotwendigen Gütern (einschließlich medizinischer Versorgung) gefährden. Die aktuelle Situation hat deutlich gemacht, dass Europa dringend seine strategische Autonomie in Schlüsselindustrien vergrößern muss (insbesondere bei FuE-Investitionen) sowie entschlossene Maßnahmen in den Bereichen nachhaltiger Bergbau und Energie und zur Förderung der Kreislaufwirtschaft benötigt werden. Vorrang sollten industrielle Akteure mit Wertschöpfungsketten in Europa haben, um gute industrielle Arbeitsplätze zu fördern. Wir werden bei der Umsetzung der Verordnung zu kritischen Rohstoffen und des Chip-Gesetzes für die Einbeziehung der Gewerkschaften eintreten und diese aktiv überwachen, um gute Industriearbeitsplätze entlang der globalen Wertschöpfungsketten zu gewährleisten und neokoloniale Praktiken zu verhindern. Außerdem unterstützen wir ein künftiges Gesetz über kritische Arzneimittel, mit dem die Arzneimittelsicherheit gewährleistet werden soll. Wir werden die Schaffung einer Rohstoffagentur, einschließlich der notwendigen Partizipationsmöglichkeiten für Gewerkschaften, einfordern. Zusätzlich muss mit Blick auf den Rahmen einer zukünftigen Chemikalienregulierung auch die Verfügbarkeit von Chemikalien und anderen Grundstoffen in Europa sichergestellt werden.
- xvii) die Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen nutzen und besser zusammenarbeiten, um die Überwachung der sozialen und ökologischen Verpflichtungen von Unternehmen zu verstärken und gemeinsam mit industriALL Global ein verantwortungsvolleres Geschäftsverhalten und fairen Wettbewerb zu gewährleisten. Während die Arbeitgeber aktiv ihre Deregulierungsagenda vorantreiben, werden wir uns weiterhin für die rasche Annahme der EU-Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung einsetzen und uns jedem Versuch der Arbeitgeber widersetzen, die diesbezüglichen Berichtspflichten von Unternehmen zu verringern. Dies ist auch eine Gelegenheit, den sozialen Dialog und die Arbeitnehmerbeteiligung zu stärken und zu verbessern. Diese Gelegenheit gilt es zu nutzen.
- xviii) eine proaktive Gewerkschaftsstrategie entwickeln, um die wirksame Umsetzung der europäischen Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit zu gewährleisten, und bei aktuellen Fällen im Zusammenhang mit der Umsetzung der nationalen Rechtsvorschriften eng zusammenarbeiten. Mit einer EU-weiten Regelung sollte ein gemeinsamer Mindeststandard festgelegt werden, aber kein Land darf daran gehindert werden, ehrgeizigere Maßnahmen zu ergreifen, z.B. durch die Umsetzung der wesentlich strengeren Empfehlungen des OECD-Leitfadens für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht. Wir setzen uns für eine Lösung ein, damit die Unternehmen die Kernarbeitsnormen der IAO und Umweltstandards nicht nur proaktiv einhalten, sondern auch entlang der gesamten Wertschöpfungskette umsetzen und fördern. IndustriAll Europe wird gemeinsam mit IndustriALL Global Union weiter daran arbeiten, gemeinsame Kriterien für die Überwachung festzulegen. Die beiden Organisationen sollten auch bei der Bearbeitung von Beschwerden über Verstöße gegen die Sorgfaltspflicht im Bereich der Menschenrechte mit den Gewerkschaften der Hauptsitzländer zusammenarbeiten.

xix) mit IndustriALL Global Union zusammenarbeiten, um dem Widerstand der Arbeitgeber gegen eine größere Transparenz und Haftung für ihr Verhalten im Hinblick auf Menschenrechte und Umwelt entgegenzuwirken, auch durch die Förderung eines verbindlichen UN-Vertrags über Wirtschaft und Menschenrechte.

2. Gemeinsam Gewerkschaftsmacht aufbauen - für faire Entgelte und bessere Arbeitsbedingungen

Angesichts der Gefahr, dass multinationale Unternehmen den Übergang und aufeinanderfolgende Krisen nutzen, um die Arbeitnehmerschaft zu spalten, müssen die Gewerkschaften ihre Koordinierung in Bezug auf Demokratie am Arbeitsplatz und die Tarifverhandlungsstrategien forcieren, um die Macht der Gewerkschaften zu stärken. Auch wenn sich der Anstieg der Inflation verlangsamt hat, ist das Preisniveau nach wie vor sehr hoch, was bedeutet, dass die Lebensbedingungen der Beschäftigten weiterhin unter Druck geraten. Die Entgelterhöhungen bleiben noch immer hinter den Preissteigerungen zurück und die Lohnquote ist weiter rückläufig. Die Gewinne einiger Unternehmen erreichen jedoch Rekordhöhen, während andere mit großen finanziellen Problemen zu kämpfen haben, die teilweise auf die Energiepreise zurückzuführen sind. Der Wohlstand konzentriert sich zunehmend in weniger Händen, was zu immer größeren Ungleichheiten führt. Das ist ein Fakt, den wir nicht hinnehmen können und wollen. Arbeitnehmer*innen müssen für ihre Arbeit gerecht vergütet werden. Ohne eine gerechte Entlohnung und eine reale Entgelterhöhung wird sich der Verbrauch nicht nachhaltig erholen und die Binnennachfrage stützen, wodurch sich wiederum das Wirtschaftswachstum weiter verzögert. Die schwache Nachfrage ist derzeit der größte Hemmschuh für die Industrieproduktion in Europa.

Tarifverhandlungen und sozialer Dialog sind nach wie vor das probateste Mittel, um gute Entgelte zu sichern und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Im Zuge der Sparmaßnahmen wurden jedoch in vielen europäischen Ländern die Strukturen für Tarifverhandlungen und den sozialen Dialog zerschlagen, was zu größerer wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit führte. Von Arbeitgeberseite wird nicht nur Druck ausgeübt, unsere Forderungen abzuschwächen, auch grundlegende Gewerkschaftsrechte wie das Streikrecht werden in vielen Ländern zunehmend in Frage gestellt. Nur mit starken und demokratischen Gewerkschaften, mit einem hohen Organisationsgrad und einer aktiven Mitgliederbasis in den Betrieben, starker sektoraler Organisation und effektiver transnationaler Zusammenarbeit wird es möglich sein, diesen Angriffen zu widerstehen und die Rolle der Gewerkschaften als Verteidiger demokratischer Rechte zu stärken. Die in den letzten Jahren von den politischen Entscheidungsträger*innen der EU unternommenen Schritte, den Mehrwert von Tarifverhandlungen und sozialem Dialog für die wirtschaftliche Stabilität, die Kaufkraft der Beschäftigten und die Gesellschaft insgesamt anzuerkennen, waren ein positiver Anfang. Angesichts des Rechtsrucks und der immer lauter werdenden Rufe nach Sparmaßnahmen werden wir unseren Kampf jedoch verstärken müssen, um diese positiven Entwicklungen in konkrete Maßnahmen umzusetzen. Da die Arbeitgeber immer nachdrücklicher eine Deregulierungsagenda vorantreiben, müssen wir mobilisieren, um weitere Angriffe auf Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte abzuwehren.

Sparpolitik hat sich bereits als „Erfolgsrezept“ für Rezession, Investitionsschwäche, stagnierende Entgelte und Ungleichheit erwiesen. Die neuen Haushaltsregeln bergen die Gefahr einer Rückkehr zu dieser gescheiterten Strategie, die zu wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit sowie zu Deindustrialisierung geführt und das Erstarken antidemokratischer Parteien und der extremen Rechten begünstigt hat. Sparmaßnahmen stehen im Widerspruch

zu einem gerechten Wandel und verhindern dringend benötigte Investitionen in Bildung, soziale Dienste, soziale Sicherheit und öffentliche Gesundheit. Sie sind auch nicht dazu geeignet, Europa zu einem wettbewerbsfähigen Weltmarktführer zu machen. Sie untergraben die Fähigkeit der Europäischen Union, die Versprechen im Rahmen der europäischen Säule sozialer Rechte in die Tat umzusetzen. Wir werden weiterhin darauf hinweisen, dass es eine Alternative gibt: ein direkter Weg zu Wettbewerbsfähigkeit durch Investitionen und die Achtung der Arbeitnehmerrechte.

Digitalisierung ist nicht per se positiv oder negativ für die Beschäftigten. Für die Arbeitnehmer*innen geht es darum, wie sie auf den verschiedenen Ebenen ausgestaltet ist und angewandt wird: vom Rechtsrahmen über die Regulierung bis hin zu maßgeschneiderten Maßnahmen, insbesondere auf Branchen- und Unternehmensebene durch die Sozialpartner im Rahmen des sozialen Dialogs und von Tarifverhandlungen. KI ist ein disruptiver Game Changer, der enorme Möglichkeiten bietet, aber auch massive Auswirkungen auf die Beschäftigten hat, insbesondere im Hinblick auf Überwachung und Kontrolle durch den Arbeitgeber, wenn dies nicht reguliert wird. Die Gefahr, dass die Rechte am Arbeitsplatz dem Innovationstempo hinterherhinken, kann durch eine angemessene und sich rasch weiterentwickelnde Regulierung, die so schnell wie möglich eingeführt werden muss, abgewendet werden. KI muss Chancen für alle schaffen. Die Arbeitswelt darf nicht als bloßes Experimentierfeld für neue KI erhalten. Technischer Fortschritt muss mit sozialem Fortschritt und insbesondere der Verteilung des Wohlstands einhergehen. Ethische KI und das Prinzip der „Kontrolle durch den Menschen“ müssen unsere Leitlinien bei der Einführung von KI sein.

Wir werden:

- i) weiterhin die Autonomie der Sozialpartner verteidigen und die Mitgliedsorganisationen von industriAll Europe dabei unterstützen, den Verhandlungsspielraum zu vergrößern und die Tarifbindungsquote zu erhöhen. Außerdem werden wir Tarifverhandlungen wieder auf die Branchenebene zurückbringen und neue Tarifverträge abschließen, wobei unser besonderes Augenmerk auf Arbeitsplätzen in aufstrebenden Industriezweigen und Organizing in der sich wandelnden Arbeitswelt liegen wird.
- ii) uns für Realloohnerhöhungen einsetzen, damit die Arbeitnehmer*innen ihren gerechten Anteil an dem Wohlstand erhalten, den sie mit geschaffen haben. IndustriAll Europe und seine Mitgliedsorganisationen müssen weiterhin eine gerechte Aufteilung von Vermögen zwischen Aktionären, Investitionen, Beschäftigten und Unternehmensrekapitalisierungen fordern. Die Regelung der Arbeitszeit, einschließlich ihrer Verkürzung durch verschiedene Modelle, ist eines der wichtigsten Instrumente zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und kann zu einer allgemeinen Umverteilung der Arbeitszeit führen. Wir sind gegen die Ausgabe von Gratisaktien an Aktionäre, die einen Transfer des von den Beschäftigten erwirtschafteten Vermögens an die Aktionäre unter Umgehung der Umverteilung darstellen. Die Ausschüttung von Dividenden muss ebenfalls an Bedingungen geknüpft sein und überwacht werden, u.a. durch eine größere Transparenz der Gewinnspannen, um sicherzustellen, dass produktive Investitionen gefördert werden.

- iii) uns dafür einsetzen, dass alle Arbeitnehmer*innen durch einen Tarifvertrag geschützt sind, der zu guten Löhnen und Arbeitsbedingungen führt. Wir werden die Tarifverhandlungssysteme stärken, und sie dort wieder aufbauen, wo sie zerschlagen wurden. Wir fordern die nationalen Regierungen gegebenenfalls auf, im Rahmen eines echten und sinnvollen sozialen Dialogs nationale Pläne zur Stärkung der jeweiligen nationalen Systeme zu erarbeiten, wie in der EU-Richtlinie über angemessene Mindestlöhne vorgesehen.
- iv) die Richtlinie zur Lohntransparenz nutzen, um das geschlechtsspezifische Lohngefälle zu verringern, und unsere Koordinierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen am Arbeitsplatz und außerhalb des Arbeitsplatzes verstärken, mit spezifischen Maßnahmen zur Verhinderung von sexueller und geschlechtsspezifischer Belästigung am Arbeitsplatz. Wir werden für legislative Maßnahmen eintreten, einschließlich der wirksamen Umsetzung der neuen Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt und sicherstellen, dass der soziale Dialog und die Tarifverhandlungen eine starke Rolle spielen.
- v) die Aufwärtskonvergenz zwischen Ost- und Westeuropa bzw. Zentrum und Randgebieten vorantreiben. Wir werden uns für eine gerechte Verteilung des Wohlstands einsetzen und den Abfluss von Gewinnen – insbesondere in mittel- und osteuropäischen Ländern – thematisieren, der ein Investitionsdefizit verursacht, Dekarbonisierungsmaßnahmen blockiert, zur Deindustrialisierung beiträgt und die Abwanderung von Fachkräften befördert. Es muss sichergestellt werden, dass multinationale Unternehmen ihre Gewinne reinvestieren, insbesondere in die lokale Belegschaft und die sozioökonomische Entwicklung in den Randregionen Europas, in denen Produktionsstätten angesiedelt sind.
- vi) uns aktiv allen Angriffen auf das Recht, Tarifverhandlungen zu führen, das Recht auf gewerkschaftliches Organising, das Streikrecht und andere Gewerkschaftsrechte und -freiheiten widersetzen. Wir werden Druck auf die EU ausüben, damit sie Verletzungen von Gewerkschaftsrechten und die Kriminalisierung von Gewerkschaften verurteilt. Außerdem werden wir unser solidarisches Gewerkschaftsnetzwerk stärken, um die Ausübung von Gewerkschaftsrechten für alle Arbeitnehmer*innen zu verteidigen.
- vii) die Mitgliedstaaten in Bezug auf die makroökonomische Steuerung dazu auffordern, sich die Möglichkeit zu bewahren, in die Bereiche Soziales, Gesundheitswesen, öffentliche Dienstleistungen und allgemeine Dienste (z.B. Energie) sowie in zukunftsfähige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu investieren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass gut konzipierte Sozialinvestitionen und -reformen wachstumsfördernd wirken und letztlich die Schuldentragfähigkeit der Länder verbessern. Es sollte auf die positiven Erfahrungen im Zusammenhang mit der Unterstützung der Wirtschaft während der Pandemie durch die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne aufgebaut werden.
- viii) uns auf die Bedürfnisse künftiger Generationen konzentrieren und sicherstellen, dass Industriearbeitsplätze für jüngere Generationen attraktiv sind und echte Karriereaussichten bieten, sowie hochwertige Praktika und Ausbildung fördern, um sozialen Ausschluss junger Menschen zu bekämpfen. Europa kann es sich angesichts

einer Jugendarbeitslosigkeit von bis zu 25 % in einigen Ländern nicht leisten, eine weitere Generation im Stich zu lassen.

- ix) für gute Arbeitsplätze für alle und gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse kämpfen, wobei freiwillige Teilzeitarbeit und Flexibilität außer Streit stehen. Wir werden insbesondere auf die Bedürfnisse der jüngeren Generationen eingehen und hochwertige Arbeitsplätze für junge Menschen fördern. Zudem werden wir Arbeitszeitregelungen verteidigen, mit denen Arbeitsplätze geschaffen und umverteilt werden sowie der Arbeits- und Gesundheitsschutz verbessert und die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben gefördert wird, und mit denen sichergestellt wird, dass Beschäftigte bei guter Gesundheit in Rente gehen.
- x) auch durch Tarifverhandlungen nach integrativen Arbeitsplätzen mit Gleichbehandlung und Chancen für alle streben, ungeachtet des Geschlechts, der geschlechtlichen Identität und des Ausdrucks der Geschlechtlichkeit, der sexuellen Ausrichtung, einer Behinderung, des Alters, der Ethnie und der ethnischen Herkunft, der Nationalität, der Sprache, der Religion, der politischen oder gewerkschaftlichen Betätigung, der Lernfähigkeit, der körperlichen Beeinträchtigung oder anderer persönlicher Merkmale.
- xi) Sozialdumping bei Jobs sowie den Lebens- und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten anprangern und bekämpfen, mit besonderem Augenmerk auf entsandte Arbeitnehmer*innen und Zeitarbeitskräfte. Wir werden den Missbrauch von Zeitarbeit bekämpfen, der die Gefährdung der Arbeitnehmer*innen weiter erhöht und die Rechte und die Macht der Gewerkschaften einschränkt.
- xii) die Gleichbehandlung von Arbeitsmigrant*innen und inländischen Beschäftigten sicherstellen, durch gewerkschaftliches Organising von Arbeitsmigrant*innen, gemeinsames Eintreten für ihre Rechte und die Bekämpfung von Hindernissen für ihre gewerkschaftliche Organisation. Wir müssen verhindern, dass die EU-Politik dazu missbraucht wird, den Fachkräftemangel auszunutzen, was zu Sozialdumping und Ausbeutung von Drittstaatsangehörigen führt, während die Arbeitgeber davon abgehalten werden, in ihre eigene Belegschaft zu investieren. Wir müssen die Ausbeutung von Arbeitsmigrant*innen bekämpfen.
- xiii) sicherstellen, dass KI zur Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze für alle genutzt wird, indem wir garantieren, dass die Beschäftigten über Gewerkschaften und Betriebsräte ein Mitspracherecht bei der Einführung von KI-Tools am Arbeitsplatz haben, einschließlich der Entwicklung des Algorithmus, und dass ein Rechtsinstrument zu algorithmischem Management erlassen wird. Wir werden Vereinbarungen ermitteln und fördern, mit denen sichergestellt wird, dass die Beschäftigten von KI profitieren und der Mensch die Kontrolle behält, auch in Bezug auf die Verwendung personenbezogener Daten. Akkulturation in Bezug auf KI sowie ständige Weiterbildung und Umschulungen sind wichtige Bausteine, um bei der Nutzung von KI-Tools auf dem neuesten Stand zu bleiben.
- xiv) die wirksame Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung der Beschäftigten in transnationalen Unternehmen stärken, um sicherzustellen, dass sie in der frühesten Phase strategischer Prozesse ein Mitspracherecht haben und auch in vollem Umfang an der Gestaltung des Wandels unserer Industriezweige beteiligt werden. Wir werden uns für einen soliden EU-Rechtsrahmen für mehr Demokratie am Arbeitsplatz einsetzen, durch eine stärkere Richtlinie über Europäische Betriebsräte (EBR) im Einklang mit den Forderungen des Europäischen Parlaments, die Überarbeitung der

Richtlinie über Europäische Aktiengesellschaften (SE), größere Unternehmenstransparenz mit ehrgeizigen europäischen Berichterstattungsstandards sowie deren wirksame Umsetzung in nationales Recht. Darüber hinaus werden wir die Europäische Kommission und insbesondere die GD EMPL auffordern, ihrer Rolle als Hüterin der EU-Rechtsvorschriften, insbesondere des sozialen Besitzstands, gerecht zu werden.

- xv) die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Solidarität über EBR und andere Formen der bilateralen und multilateralen gewerkschaftlichen Koordinierung stärken, um einen Wettlauf nach unten zu vermeiden und dem inakzeptablen Druck vonseiten der Unternehmen standzuhalten. Wir werden Gewerkschaftsvertreter*innen in multinationalen Unternehmen und Koordinator*innen für EBR und Europäische Aktiengesellschaften (SE) unterstützen, indem wir politische, rechtliche und andere Leitlinien und praktische Empfehlungen zur Durchsetzung und Stärkung von EBR/SE-BR sowie eines transnationalen Dialogs über strategische Fragen und in Bezug auf Wachsamkeit, wenn es um den Abbau der nationalen Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer*innen geht, bereitstellen. Im Falle von Umstrukturierung oder auf Anfrage werden wir gewerkschaftliche Koordinierungsmaßnahmen und gemeinsame Kampagnen organisieren, an denen alle Akteure, einschließlich der betroffenen Lieferkette und der Unterauftragnehmer, beteiligt sind.
- xvi) proaktiv Strategien und Aktionen entwickeln, um die Unternehmensentscheidungen zugunsten der Arbeitnehmerinteressen zu beeinflussen. Dazu gehört nicht nur eine enge Zusammenarbeit mit den EBR, sondern auch der Ausbau und die Umsetzung von gewerkschaftlichen Koordinierungsstrategien in Unternehmen auf allen Ebenen. Um dies zu erreichen, bewertet und analysiert industriAll Europe die bestehenden Instrumente der gewerkschaftlichen Koordinierung auf Unternehmensebene und ermittelt mit Unterstützung des Unternehmenspolitischen Ausschusses, wo diese verbessert werden müssen.
- xvii) den sozialen Dialog sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene fördern und intensivieren, um die Rechte der Beschäftigten zu stärken und Unternehmen durch rechtzeitige und wirksame Antizipation und Bewältigung künftiger Veränderungen in die Verantwortung zu nehmen. Wir müssen gemäß der dreigliedrigen Erklärung von Val Duchesse den sozialen Dialog auf europäischer Ebene stärken und die europäischen Arbeitgeber (auf branchenübergreifender und sektoraler Ebene) wieder an den Verhandlungstisch bringen. Die Versuche europäischer Arbeitgeber, den sozialen Dialog zu schwächen, lehnen wir entschieden ab. Wir werden auf einen Pakt für den europäischen sozialen Dialog drängen, um den europäischen sozialen Dialog (auf sektoraler und branchenübergreifender Ebene) verbindlicher zu gestalten, mit regelmäßigen Sitzungen im Präsenzformat. Er muss dafür von der EU-Kommission weiterhin mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Auf Anfrage müssen Vereinbarungen zwischen den Sozialpartnern unverzüglich von den EU-Institutionen in verbindliche Rechtsvorschriften umgesetzt werden.
- xviii) einen aktiven sozialen Dialog und die Einbeziehung und Beteiligung der Arbeitnehmer*innen am Arbeitsplatz und auf allen Ebenen fördern, da dies die Grundlage für einen geordneten und gerechten Strukturwandel ist. Die EU muss den Aufbau gewerkschaftlicher Kapazitäten unterstützen. In diesem Zusammenhang

werden wir darauf hinarbeiten, dass die nationalen Behörden und Regierungen die Gewerkschaften in die Verwaltung, das Management und die Kontrolle der europäischen Fonds einbeziehen, die für die Entwicklung der industriellen Struktur der Mitgliedstaaten bestimmt sind. Es müssen strenge Auflagen eingeführt werden, indem alle Formen der öffentlichen Finanzierung und Auftragsvergabe an sozialen Dialog, Tarifverhandlungen und hochwertige Arbeitsplätze geknüpft werden. Wir werden angemessene Unterstützung für den Aufbau gewerkschaftlicher Kapazitäten fordern, um eine angemessene Kontrolle und Beteiligung zu ermöglichen.

- xix) staatliche Beihilfen und Unterstützung für nichteuropäische Unternehmen überwachen, um sicherzustellen, dass ausländische Direktinvestitionen zur Schaffung nachhaltiger und guter Arbeitsplätze führen. Unterstützung für Unternehmen sollte nicht auf Kosten der Sozialausgaben oder gleicher Wettbewerbsbedingungen zwischen europäischen Ländern gehen.

3. Gemeinsam Gewerkschaftsmacht aufbauen - für Solidarität und Frieden

Europa ist nach wie vor mit einer globalen Polykrise konfrontiert. Die Pandemie und die Energiekrise haben die übermäßige Abhängigkeit Europas von globalen Wertschöpfungsketten aufgezeigt, die es anfällig für externe Schocks macht. Der harte globale Wettbewerb, insbesondere im Bereich Cleantech und bei strategischen Komponenten wie Chips und Logistikrouten, schürt geopolitische Spannungen und Neuausrichtungen und hat eine Abkehr vom Multilateralismus eingeleitet.

Das jahrelange Primat von Finanz- und Geschäftsinteressen gegenüber sozialen und ökologischen Zielen hat zu wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit geführt. Die produktiven Investitionen wurden auf ein Minimum reduziert und die Kaufkraft und die Lebensbedingungen der Beschäftigten erheblich geschmälert. Zunehmende Unsicherheit hat den Aufstieg nationalistischer Strömungen und rechtsextremer Parteien begünstigt, die liberale und autoritäre Maßnahmen vorschlagen, die mit der Abschaffung individueller und kollektiver Freiheiten, einschließlich der Gewerkschaftsfreiheit, einhergehen. Nicht zufällig schränkt jedes autoritäre Regime als eine seiner ersten Maßnahmen die Gewerkschaftsrechte ein. Wir sind außerdem besorgt über die geschlechter- und LGBTI+-feindliche Politik, die die Menschenrechte sowie die sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen und geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Menschen angreift. Die europäische Zusammenarbeit muss Solidarität zwischen Ländern und Menschen sowie eine Handelspolitik fördern, die auf universellen Regeln zum Wohle von Mensch und Umwelt beruht. Ferner muss sich diese Solidarität bis an die kontinentalen Grenzen und darüber hinaus erstrecken. Wir müssen geschlossen und vereint gegen strukturelle Ungleichheiten und Diskriminierung vorgehen.

Es gibt kein „Business as usual“ mehr. Das Projekt Europa muss für alle Vorteile bringen, auch für die Beschäftigten und die Gewerkschaften. Die politischen Entscheidungsträger*innen in ganz Europa müssen eine grundlegende Tatsache anerkennen: Für die transnationalen Probleme, mit denen wir in wirtschaftlicher, sozialer, geopolitischer oder ökologischer Hinsicht konfrontiert sind, gibt es keine rein nationale Lösung. Investitionen, Zusammenhalt und Solidarität müssen die Leitmotive der Politik sein. Wir brauchen ein Europa, das sich auf den Wert der Gleichheit gründet.

Während einige Unternehmen versuchen, die Situation auszunutzen und die Beschäftigten innerhalb und zwischen den Ländern gegeneinander auszuspielen, müssen wir transnationale Solidarität zwischen unseren Mitgliedern aus verschiedenen Ländern aufbauen und unsere Geschlossenheit stärken, indem wir uns für mehr Demokratie am Arbeitsplatz und auch füreinander einsetzen, unsere Rechte und Arbeitsplätze verteidigen und uns mit den Beschäftigten entlang unserer industriellen Wertschöpfungsketten solidarisch zeigen.

Die internationale geopolitische Lage, die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten und die Zunahme bewaffneter Konflikte in der ganzen Welt müssen Europa dazu veranlassen, seine eigene Sicherheit (einschließlich der Verteidigungskapazitäten) zu gewährleisten. Gleichzeitig

muss der Frieden gewahrt, ein Rüstungswettlauf verhindert, für soziale Gerechtigkeit gesorgt und Europas ökologische Ziele verwirklicht werden. Dies muss auch eine europäische Raumfahrt- und Satellitenpolitik umfassen. Die für die Verteidigungsfähigkeit der EU vorgesehenen Mittel dürfen jedoch nicht zu Lasten von sozialer Gerechtigkeit und ökologischen Investitionen gehen. Demokratie, Frieden und Sicherheit müssen die Grundpfeiler der Weltordnung sein, und die EU muss diese Werte aktiv fördern und in der europäischen Handels- und Außenpolitik zum Ausdruck bringen.

Wir werden:

- i) eine Rückkehr zur Sparpolitik ablehnen und sicherstellen, dass die Verteidigungsausgaben nicht zu Lasten kritischer Investitionen in den ökologischen Wandel, gute Industriearbeitsplätze, das Wohlergehen der Menschen und die europäische Sozialagenda gehen. Wir werden uns der Deregulierungsagenda entgegenstellen, die die grundlegenden Arbeitnehmerrechte und Sozialschutzsysteme zu untergraben droht. Politische Maßnahmen müssen auf Nachhaltigkeit und die Sicherung und Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze ausgerichtet sein, nicht auf die Steigerung der Gewinne der Aktionäre. Wir werden darauf achten, dass EU-Initiativen im Bereich Verteidigung oder Sicherheit nicht zu Lasten des sozialen Fortschritts, der Menschenrechte, der Arbeitnehmerrechte und der Arbeitsbedingungen gehen und dass die Gewerkschaften im Rahmen des sozialen Dialogs und der Tarifverhandlungen einbezogen werden.
- ii) das Europäische Semester und insbesondere die mittelfristigen strukturellen finanzpolitischen Pläne sowie die Vorbereitung des dreigliedrigen Sozialgipfels genau verfolgen und uns daran beteiligen, um sicherzustellen, dass Anti-Austeritätsmaßnahmen sowie sozialen und nachhaltigen Investitionen Vorrang eingeräumt wird.
- iii) gemeinsam mit IndustriALL Global die Erweiterungsverhandlungen mit den EU-Kandidatenländern genau verfolgen und an die politischen Entscheidungsträger*innen appellieren, dafür zu sorgen, dass die Erweiterung sowohl für die Arbeitnehmer*innen in diesen Ländern als auch für Beschäftigten in den bestehenden EU-Mitgliedstaaten eine Erfolgsgeschichte wird. Wir werden uns für eine umfassende Einbindung der Gewerkschaften in den Beitrittsprozess einsetzen, insbesondere in Bezug auf Entscheidungen darüber, wie die finanziellen Heranführungshilfen der EU verwendet werden sollten. Zudem werden wir unsere Aktivitäten zur Unterstützung von Mitgliedsorganisationen in Beitrittsländern ausbauen und die uneingeschränkte Einhaltung des sozialen und demokratischen Besitzstands der EU sicherstellen.
- iv) dem ukrainischen Volk und unseren Brüdern und Schwestern in der Gewerkschaftsbewegung in uneingeschränkter Solidarität zur Seite stehen und unsere Forderung nach einem sofortigen Ende der russischen Aggression bekräftigen, während wir gleichzeitig zum Dialog und zu Verhandlungen für nachhaltigen Frieden aufrufen. Die EU-Institutionen müssen alles in ihrer Macht Stehende tun, um zum Frieden beizutragen, so wie im Gründungsvertrag erklärt.
- v) darauf drängen, dass in Europa und überall auf der Welt die Stärke des Rechts gelten muss, nicht das Recht des Stärkeren. Wir bekunden unsere uneingeschränkte Solidarität und Verbundenheit mit allen Völkern, die unter Kriegen leiden, und sind der

Auffassung, dass Europa niemals mit zweierlei Maß messen darf, weshalb wir alle Kriegshandlungen, Vergeltungsschläge und Terrorakte, die sich gegen unbewaffnete Zivilisten richten, verurteilen. Die Gewerkschaftsbewegung muss ihr Möglichstes tun, um Brücken der Solidarität zu bauen und sich für den Frieden einzusetzen, einschließlich der Bereitstellung konkreter Hilfe für die vom Krieg betroffene Bevölkerung.

- vi) uns für die Gleichstellung, Inklusivität und Chancengleichheit am Arbeitsplatz einsetzen und alle Formen von Diskriminierung bekämpfen.
- vii) Zusammenarbeit und Solidarität von und zwischen Regierungen, Arbeitgebern und Sozialpartnern zeigen und stärken. Wir müssen echte europäische Lösungen finden und Solidarität üben.
- viii) in Fällen transnationaler Restrukturierung die Koordinierung von Solidarität zwischen den Arbeitnehmer*innen, insbesondere gegenüber multinationalen Unternehmen, verstärken, indem wir Aktionen der Gewerkschaften, in EBR und allen anderen Netzwerken, gemeinsame Kampagnen und koordinierte Maßnahmen organisieren, die sich auf die gesamte Wertschöpfungskette erstrecken. Wir werden auch die branchenübergreifende Zusammenarbeit stärken und Kontrolle über die Entgelt- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer*innen von Unterauftragnehmern in den Betrieben einfordern.
- ix) uns gegen migrantenfeindliche Politik und Ressentiments stellen. Als Gewerkschaften müssen wir sicherstellen, dass alle Beschäftigten von guten und gleichen Entgelt- und Arbeitsbedingungen, fairem Lohn und sozialer Inklusion profitieren.
- x) eine Überarbeitung des europäischen Aufnahmesystems fordern und uns gegen die Idee einer Festung Europa stellen, an deren Grenzen weiterhin Menschen sterben und Maßnahmen zur Bekämpfung der Ursachen von erzwungener Vertreibung fördern.
- xi) die Beschäftigten dazu aufrufen, den Lockrufen des politischen Extremismus zu widerstehen und zusammenzustehen, um sicherzustellen, dass wir gestärkt und nicht gespalten aus allem hervorgehen. Wir werden den Strategien und dem Narrativ der extremen Rechten entschieden entgegen treten und kohärente gewerkschaftliche Maßnahmen zur Verteidigung und Stärkung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit entwickeln. Wir werden in den Betrieben über die Strategien der extremen Rechten aufklären sowie Vereinbarungen und Bestimmungen ermitteln bzw. fördern und mit Arbeitgebern zusammenarbeiten, um diese Strategien auf Arbeitplatzebene zu bekämpfen. Wir werden Schulungen für Mitglieder durchführen, um ihnen Argumente gegen rechtsextremes Gedankengut in der Arbeitnehmerschaft an die Hand zu geben.

4. Gemeinsam für eine neue gemeinsame Gewerkschaftsagenda

Viele Gewerkschaften in Europa haben in den letzten Jahrzehnten eine massive Schwächung ihrer Mitgliederbasis erlebt. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad und die Mitgliederzahlen gehen in den meisten europäischen Ländern stetig zurück. Dies ist insbesondere dort der Fall, wo die gewerkschaftliche Mitgliederbasis ohnehin schon schwach war. Dieser Mitgliederschwund hatte einen Verlust an Ressourcen und politischer Macht der Gewerkschaftsbewegung zur Folge und damit eine Schwächung ihrer Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit. Auch wenn diese Entwicklung erheblich verlangsamt wurde und einige Gewerkschaften Erfolge verzeichnen konnten, muss dieses Thema für industriAll Europe und seine Mitgliedsorganisationen weiterhin hohe Priorität und Dringlichkeit haben. Um unsere Forderungen durchzusetzen, brauchen wir starke Gewerkschaften in ganz Europa, und deshalb müssen die Gewerkschaften die Bedeutung kontinuierlicher Organisingkampagnen erkennen. Die Deindustrialisierung beschleunigt den Rückgang der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften, und das ist auch der Grund, warum wir uns für eine Rückverlagerung der Industrie nach Europa einsetzen müssen.

Die Gefahr, dass die zukünftige Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in Europa die Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte und unser Sozialmodell weiter schwächen wird, ist angesichts des Rechtsrucks und der Rückkehr von Austeritäts- und Deregulierungsagenden, die von einigen Regierungen und multinationalen Unternehmen vorangetrieben wird, sehr hoch. Wir müssen den Tatsachen ins Auge sehen: Wenn sich nichts ändert und wir nicht konsequent auf die gewerkschaftliche Erneuerung und die Stärkung unserer Mitgliederbasis in den Betrieben setzen, werden wir in den nächsten Jahren weiter massiv an Bedeutung und politischem Einfluss verlieren. Deshalb müssen wir unsere Arbeit darauf ausrichten, Mitglieder zu gewinnen und zu halten, sie aktiv in die Gewerkschaftsarbeit einzubeziehen, damit sie ihre Einflussmöglichkeiten erfahren, und unsere Gewerkschaftsstrukturen zu modernisieren.

Unser wichtigster Wirkungsort ist der Arbeitsplatz. Jede Gewerkschaft schöpft ihre Kraft aus ihren Mitgliedern in den Betrieben. Hier wollen wir noch effektiver, greifbarer und sichtbarer werden. Gewerkschaftliche Vertretung, die auf einer großen, aktiven und stabilen Mitgliederbasis beruht, ist die Grundlage für unseren politischen Einfluss und unser politisches Handeln für soziale Gerechtigkeit und ein besseres Leben für alle. Gewerkschaften können nur dann Legitimität für ihr politisches Handeln erlangen, wenn sie glaubhaft machen können, dass sie die wirklich demokratische und repräsentative Stimme der Beschäftigten im Betrieb sind. Nach dem Rechtsruck bei den letzten Wahlen in vielen europäischen Ländern und der Europawahl müssen wir eine Strategie zur Gewinnung von Terrain und starker gewerkschaftlicher Vernetzung entwickeln, um den Trend umzukehren, indem wir das Vertrauen in die Demokratie am Arbeitsplatz und in hochwertige Arbeitsplätze wiederherstellen.

Nur einen kleinen Teil der Beschäftigten in einem Betrieb gewerkschaftlich zu organisieren oder sich nur formal als Interessenvertreter einer Gruppe von Beschäftigten zu bezeichnen,

reicht nicht aus, um mit voller Überzeugung als legitimer Vertreter der Arbeitnehmerinteressen gegenüber der Politik aufzutreten und politische Mitsprache einzufordern. Wir dürfen nicht bloß Verwalter des Status quo sein, auf das Beste hoffen und uns damit abfinden, dass wir einen immer kleineren Teil der Arbeitnehmerschaft organisieren. Andernfalls laufen wir Gefahr, dass wir als europäische Gewerkschaften nicht mehr die treibende Kraft des sozialen Wandels, sondern nur noch Mitläufer sind.

Eine glänzende Zukunft für unsere Bewegung hängt davon ab, dass wir den negativen Trend der niedrigen Mitgliederzahlen unter Jugendlichen umkehren. Wenn wir diesen Trend nicht umkehren, werden etwa 50 % unserer Mitglieder in den nächsten 10 bis 20 Jahren in den Ruhestand gehen. Heute sind nur 15,3 % unserer Mitglieder unter 35 Jahre alt. Diese Zahl wird durch die Mitgliedsorganisationen, die immer noch einen hohen Anteil junger Mitglieder haben, erheblich aufgebläht, was bedeutet, dass die Situation in einigen Ländern dramatisch ist. Mehr denn je müssen wir unsere Bemühungen fortsetzen, junge Menschen für unsere Bewegung zu gewinnen und sie in unsere Strukturen einzubinden.

Eine moderne Gewerkschaftspolitik muss mitglieder- und beteiligungsorientiert sein, wenn sie wirksam sein soll. Dies ist kein Selbstzweck. Vielmehr führt ein Handeln nach diesen Grundsätzen zu besseren Lösungen, ermöglicht eigenständiges politisches Gewerkschaftshandeln und stärkt nicht zuletzt die Verhandlungsmacht gegenüber dem Arbeitgeber. Dieser Weg ist keineswegs einfach. Er erfordert in erster Linie die Bereitschaft zu einem Bewusstseins- und Kulturwandel bei den Mitgliedsorganisationen von industriAll Europe selbst.

Mitgliederzahlen allein reichen nicht aus. Um organisatorische Macht ausüben zu können, bedarf es auch effizienter Strukturen, um Ressourcen effektiv einzusetzen und Auseinandersetzungen und Verhandlungen zu führen. Die Beteiligung der Mitglieder ist daher entscheidend: Neben der Bereitschaft, Mitgliedsbeiträge an ihre Gewerkschaften zu zahlen, müssen die Mitglieder vor allem die Möglichkeit haben (und wir müssen sie dazu ermutigen), sich aktiv an internen Diskussionen, Mobilisierungen und Streiks zu beteiligen. Sie sollten uns nicht als bloße Dienstleister betrachten. Stattdessen müssen wir sie davon überzeugen, dass sie ihre Situation nur verbessern können, wenn sie selbst für ihre Rechte eintreten, gemeinsam mit ihren Kolleg*innen und vereint in einer Gewerkschaft. So erfahren sie ihre eigene Macht und werden weniger empfänglich für vereinfachte populistische Parolen. Die Distanz der Gewerkschaftsfunktionär*innen zu den Sorgen und Herausforderungen ihrer Mitgliederbasis ist ein Hindernis, das es zu überwinden gilt.

Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung liegt in unseren eigenen Händen. Der politische Kampf für Gewerkschaftsrechte muss gegen den Widerstand großer Teile der Politik und der Unternehmen (ein eindrucksvolles Beispiel hierfür sind die jüngsten politischen Reformen, die zu einer Beschneidung der Gewerkschaftsrechte geführt haben) in den Betrieben weitergeführt werden. Er wird jedoch nicht zum Erfolg führen, wenn sich die Maßnahmen auf hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionär*innen beschränken und unsere Kolleg*innen in den Betrieben außen vor bleiben. Wir müssen unsere demokratischen Strukturen stärken, indem wir mehr Beschäftigte und Mitglieder in den Betrieben einbeziehen. Die Bereitschaft der

Beschäftigten, sich an betrieblichen und politischen Aktionen zu beteiligen, ist nur durch Einbindung und aktive Beteiligung zu erreichen.

Noch wichtiger ist, dass wir als Mitgliedsorganisationen von industriAll Europe unsere Mitgliederbasis in den Fabriken und Betrieben als entscheidende Machtressource begreifen und nutzen müssen. Deshalb brauchen wir eine Transformationsagenda für die Gewerkschaftsbewegung. Unsere Gewerkschaftsstrukturen und die Art und Weise, wie wir heute Gewerkschaftsarbeit leisten, müssen sich ändern, wenn wir die Herausforderungen der Organisierung von Arbeitsplätzen im Wandel meistern wollen. In diesem Zusammenhang ist ein transnationaler Austausch von Erfahrungen von entscheidender Bedeutung. Einige Mitgliedsgewerkschaften haben bereits erfolgreiche, national und transnational ausgerichtete Strategien in die Praxis umgesetzt. Andere europäische Gewerkschaftsverbände haben ebenfalls Erfahrungen mit ihren eigenen Organisingstrategien gesammelt. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) ist derzeit ebenfalls dabei, seine eigene Agenda für die gewerkschaftliche Erneuerung auszuarbeiten. Diese umfassenden Erfahrungen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit müssen gebündelt werden, um uns gegenseitig in unserer Arbeit zu unterstützen und zu bestärken. IndustriAll Europe kann eine entscheidende Rolle bei der Organisation und Koordination dieser Debatte spielen und als dynamischer Motor für den notwendigen Wandel innerhalb der Gewerkschaften fungieren.

Bei industriAll Europe ist der Aufbau von Gewerkschaftsmacht bereits als Priorität in der Satzung verankert. Die Anstrengungen von industriAll Europe und ihren Mitgliedsorganisationen müssen verstärkt werden, um die Herausforderungen der Transformation zu meistern, u. a. durch einen höheren gewerkschaftlichen Organisationsgrad, um den Einfluss der Gewerkschaften zu stärken.

Wir werden:

- i) einen gemeinsamen Aktionsplan verabschieden, um die Beteiligung der Mitgliedsorganisationen an Organising-Maßnahmen und an Maßnahmen zum Aufbau von Gewerkschaftsmacht anzustoßen und auszubauen. Der Aktionsplan muss alle Regionen in Europa berücksichtigen und sollte auf dem vollen Engagement der Mitgliedsorganisationen für die Ziele des Aufbaus von Gewerkschaftsmacht beruhen. Die wichtigsten Punkte des Aktionsplans sollten sein:
 - das Zusammentragen von Wissen und der Austausch bewährter Verfahren
 - das Stärken bestehender Plattformen durch regelmäßige Treffen mit Mitgliedsorganisationen, die offen und bereit für eine Diskussion über die Stärkung ihrer Mitgliederbasis und ihrer internen Strukturen sind, auf deren Grundlage sie gemeinsam an den Herausforderungen ihrer eigenen Gewerkschaftsarbeit arbeiten und nach Lösungen aus den verschiedenen Erfahrungskontexten der Mitglieder dieses Netzwerks suchen können
 - das Ermitteln, ob es in Europa Schwerpunktregionen gibt, in denen die Gewerkschaften mit zeitlich begrenzter lokaler Unterstützung von industriAll Europe an gemeinsamen Herausforderungen arbeiten und sich gegenseitig in ihren Zielen und durch langfristige gemeinsame Projekte bestärken können; es muss die Bereitschaft bestehen, zusätzliche Ressourcen der Mitgliedsorganisationen, von

- Fall zu Fall und auf freiwilliger Basis, für diese Art von intensiver Projektarbeit bereitzustellen
- die Arbeit an einem Netzwerk strategischer Organisier*innen, die selbst bei Gewerkschaften beschäftigt sind oder aus dem gewerkschaftlichen Organisingumfeld stammen
 - die enge Zusammenarbeit mit dem EGB und Unterstützung seiner Pläne für ein „Trade Union Renewal Centre“ sowie mit NRO und anderen Bürgerbewegungen, die unsere potenziellen Verbündeten sein könnten
 - auf der Grundlage von Solidarität und der Anerkennung unserer gemeinsamen Interessen einander in bi- oder multilateralen Formen der transnationalen Zusammenarbeit unterstützen
 - Niemanden zurücklassen: wir werden die notwendige Arbeit leisten, um alle Arbeitnehmer*innen zu organisieren und Sozialdumping und Ausbeutung zu verhindern
 - das Erarbeiten gezielter Organisingstrategien
 - das Unterstützen des Netzwerkes Jugend von industriAll Europe und seiner Arbeit zur Erhöhung der Mitgliederzahl junger Menschen in ganz Europa
 - das Aufbauen grenzüberschreitender Netzwerke zwischen den in multinationalen Unternehmen tätigen Gewerkschaften, einschließlich EBR, und auch entlang der Wertschöpfungskette, um vor dem Inkrafttreten gesetzlicher Vorschriften und gemäß den OECD-Leitlinien die Umsetzung strenger Maßnahmen zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht zu fordern
 - das Stärken unserer Zusammenarbeit mit IndustriALL Global Union in Bezug auf weltweit tätige Unternehmen, dem EGB und anderen europäischen Gewerkschaftsverbänden, um unsere kollektive Macht zu erhöhen.

Ende 2024/ Anfang 2025 gibt es immer mehr Anzeichen für ständig neue globale Herausforderungen und neue Handelsvorschriften. Es ist wichtig, diesen neuen Hindernissen mit Strategien für die Widerstandsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit Europas zu begegnen.

Wir müssen uns der großen Veränderungen in der Weltpolitik bewusst sein und flexibel mit ihnen umgehen, auch während des Kongresszeitraumes von industriAll Europe.

Unsere Strategien beruhen auf Maßnahmen für eine Industrie in Europa, die bleibt, wächst, sich entwickelt und innovativ ist.